

WIRTSCHAFT

Olivgrünes Wirtschaftswunder?

Im Februar 2025 veröffentlichte das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) die Studie „Waffen und Wachstum“, auf deren fragwürdiger Basis zum Beispiel das Handelsblatt ein „olivgrünes Wirtschaftswunder“ prognostizierte. Tatsächlich sind selbst die kurzfristigen volkswirtschaftlichen Wachstumseffekte von Rüstungsausgaben äußerst gering. Die Rüstungsindustrie generiert aufgrund ihrer hohen Wertschöpfung relativ wenig Jobs und auch die der Branche zugerechneten technologischen Innovationen – vom Düsenantrieb bis zum Internet – gehören eher der Vergangenheit an. Mittelfristig wirken sich hohe Militärausgaben stark negativ auf das Wachstum aus.

„Der kurzfristige Fiskalmultiplikator für Militärausgaben dürfte in Deutschland höchstens bei 0,5 liegen, mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt er sogar weit darunter. [...] Investitionen in die öffentliche Infrastruktur oder soziale Dienstleistungen wie Kitas und Ganztagschulen weisen dagegen Multiplikatoren zwischen 2 und 3 auf, also vier- bis sechsmal höhere Produktionseffekte pro eingesetztem Euro. [...] Jeder Euro, der in Panzer, Flugzeuge und Munition investiert wird, fehlt an anderer Stelle, etwa bei der Modernisierung von Strom- und Bahnnetzen, beim Ausbau der Kinderbetreuung, bei der Förderung grüner Technologien oder bei der Qualifikation von Fachkräften. Die Vorstellung, dass der Staat alle diese Ziele gleichzeitig verfolgen kann, verkennt die Realität begrenzter finanzieller und realwirtschaftlicher Ressourcen.“ Tom Krebs/Patrick Kaczmarczyk: Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland, Universität Mannheim, Juni 2025

Armut – Schulden - Sozialabbau

Der Anteil der Sozialausgaben am BIP sank leicht von 5,64% (2015) auf 5,53% (2024). Laut Paritätischem Wohlfahrtsverband waren im selben Jahr 15,5% der Bevölkerung von Armut betroffen. Dennoch werden die Rufe lauter, die Militärausgaben nur kurzfristig über Schulden und langfristig durch „Umschichtungen“ – sprich: massive Sozialkürzungen – aus dem laufenden Haushalt zu bezahlen.

„Die Zahlen belegen, was viele Menschen mit geringem Einkommen schon lange im Alltag spüren: Die Armen werden ärmer.“ Joachim Rock, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, 29.4.2025

„Berlin behauptet, dass höhere Rüstungsausgaben nicht zulasten von Sozialausgaben und Klimaschutz gehen werden. Klar ist aber auch: Die kreditfinanzierten Militärausgaben lassen den Schuldendienst kräftig steigen. Die Zinszahlungen des Bundes verdoppeln sich bis 2029 auf rund 60 Milliarden Euro. Zum Schuldendienst gehört auch die Tilgung der Kredite. Zwar können alte Staatsschulden immer wieder durch neue Staatsschulden abgelöst werden. Die Merz-Regierung hat jedoch entschieden, die Kredite zurückzuzahlen. In der Spitze müssen aus dem Bundshaushalt zukünftig jährlich 30 Milliarden Euro aufgebracht werden, um Kredite abzubezahlen.“ Frankfurter Rundschau,

Da die Hochrüstung befürwortet wird, um „unseren“ Wohlstand zu verteidigen, und gleichzeitig Steuererhöhungen für die Reichen abgelehnt werden, ist die in die Nazizeit zurückreichende Forderung nach Kanonen statt Butter immer häufiger zu hören – wichtige Taktgeber sind dabei die arbeitgebenden Wirtschaftsinstitute ifo und IfW.

„Deutschland und Europa müssen aufrüsten, auch wenn die Konsequenzen für die Staatsfinanzen dramatisch sein werden. [...] Wie kann und wie sollte ein solches Paket daher finanziert werden? Mittelfristig wird kein Weg daran vorbeiführen, harte Budgetentscheidungen zwischen »Kanonen und Butter« zu treffen.“ Moritz Schularick (IfW): Wir müssen aufrüsten für den Wohlstand, Spiegel Online, 28.3.2024

„Kernaufgabe der Politik ist es, Prioritäten zu setzen. Deutschland wird nicht nach Belieben konsumtive und investive Ausgaben erhöhen können. [...] Verteidigung ist eine Kernaufgabe des Staates und gehört deshalb in den Kernhaushalt. [...] Der größte Posten im Bundshaushalt sind Zuschüsse in die Rentenversicherung – alsbald 130 Milliarden Euro im Jahr. Das ist eine klassische konsumtive Ausgabe. [...] Wir sollten nun dringend zusehen, durch entschlossenes Anpassen des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung die Zuschüsse in die Rentenversicherung zu reduzieren.“ Niklas Potrafke, ifo, 9.1.2025



ASOZIALE DEBATTE

Kanonen statt Butter – Rüstung statt Rente

Foto: Abraham Pisarek, 1946, Deutsche Fotothek über Wikimedia CC 3.0.

FACTSHEET



Kanonen statt Butter

Rüstung und Sozialabbau

„Ich werde mich durch Worte wie Sozialabbau und Kahlschlag und was da alles kommt, nicht irritieren lassen. [...] Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar.“ Friedrich Merz, Bundeskanzler, 24.8.2025

„Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.“ Clemens Fuest, ifo-Chef, 26.2.2024

„Hochrüstung macht generell die Reichen reicher und die Armen zahlreicher. Weil dem Wohlfahrtsstaat fehlt, was ein Rüstungsstaat an Mehrkosten verschlingt, folgt der militärpolitischen Zeitenwende nun fast zwangsläufig auch eine sozialpolitische Zeitenwende. Zu befürchten ist daher auf längere Sicht eine fortdauernde Senkung des Lebensstandards der Bevölkerungsmehrheit, die zuletzt Reallohnverluste hinnehmen musste und durch steigende Mieten, Energiepreisexlosion und Inflation stark belastet wurde.“ Christoph Butterwegge, emeritierter Politikprofessor, 22.12.2023

Abrüstungsappell

Gruppen aus der Friedensbewegung haben den Abrüstungsappell gestartet, der sich u.a. hier unterzeichnen lässt: dfg-vk.de/nichtmitmir/

„Die Bundesregierung plant eine massive Aufrüstung. Allein für Deutschland würden die NATO-Forderungen mindestens 200 Milliarden Euro jährlich bedeuten – fast die Hälfte des gesamten Bundshaushalts. Geld, das dann für Gesundheit, Bildung, Soziales und Klimaschutz fehlen würde. Wir sagen: Nein zur Hochrüstung – Ja zu einer Politik der Diplomatie, des Völkerrechts und ziviler Konfliktlösung.“

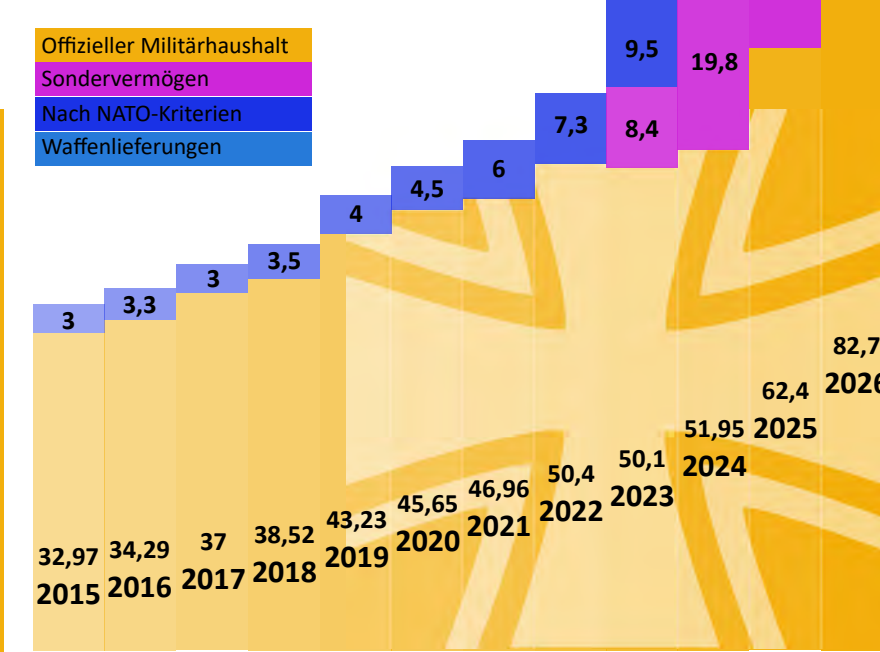
Immer mehr Milliarden fürs Militär?

NICHT MIT MIR

Milliarden für das Militär

Ruinöser Sparkurs?

Es gibt sie nicht, die viel beschworene „kaputtgesparte Bundeswehr“ – tatsächlich stieg der offizielle Militärhaushalt bereits vor dem russischen Angriff auf die Ukraine selbst inflationsbereinigt! zwischen 2014 (32,5 Mrd.€) und 2022 (50,4 Mrd.€) deutlich an. Hinzu kommen noch stetig wachsende Ausgaben nach NATO-Kriterien (militärrelevante Ausgaben, die nicht im Verteidigungshaushalt verortet sind, z.B. für Waffenlieferungen an die Ukraine).



„Die Dividenden steigen, und die Proletarier fallen.“ Rosa Luxemburg

DIEHL Profiteure

Vom Aufrüstungsschub profitieren vor allem die Rüstungskonzerne – u.a. indem sie Preise stark anheben. Rheinmetall ist in vielerlei Hinsicht symptomatisch, das den Preis für 155-Millimeter-Geschosse von 2.000 auf 8.000 Euro erhöhte. Noch stärker stieg dessen Aktie von rund 80 Euro Ende 2021 auf über 1.800 Euro im Oktober 2025, die Dividende kletterte im Geschäftsjahr 2025 auf 8,10 Euro (gegenüber 2 Euro je Aktie 2021).

Bertha von Suttner Stiftung der DFG-VK

Herausgeber des Factsheets Rüstung ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, gefördert wird es durch die Bertha von Suttner Stiftung, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund.

Redaktionsschluss 1.2.2026

www.imi-online.de
www.dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Astronomische Ausgabenziele

Die Militärausgaben der NATO-Mitglieder stiegen von 896 Mrd. USD (2015) über 1.190 Mrd. USD (2022) auf 1.451 Mrd. USD (2024) und dann 1.588 Mrd. USD (2025) steil an. Obwohl vor allem NATO-Europa seine Ausgaben von 1,4% im Jahr 2015 deutlich auf 2,27% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) 2025 steigerte, einigten sich alle NATO-Staaten (außer Spanien) bei ihrem Gipfeltreffen im Juni 2025 auf neue Zielvorgaben von 3,5% des BIP für militärische Ausgaben im engeren (Verteidigungshaushalt, Waffenlieferungen...) und zusätzlichen 1,5% des BIP im weiteren (militärische Infrastruktur...) Sinne. Bei Umsetzung des 5%-Ziels hätte dies 2025 NATO-Ausgaben von rund 2.851 Mrd. USD bedeutet – zum Vergleich: Russlands Militärausgaben beliefen sich 2024 auf rund 149 Mrd. USD, die Chinas auf 314 Mrd. USD.

NATO-Staaten 2015 – 895 Mrd. \$

NATO-Staaten 2025 – 1.588 Mrd. \$

NATO-Staaten 5% Ziel-Vorgabe umgesetzt: 2.851 Mrd. \$

Russland: Angriff 2029?

Ein NATO-Papier warnt anscheinend vor einem russischen Angriff auf das Bündnis spätestens 2029 – der Inhalt ist geheim und lässt sich nicht prüfen. Doch dies käme einem suizidalen Verhalten gleich, Russland ist der NATO in allen Großwaffenkategorien schon heute deutlich unterlegen.

„Ich sehe, dass Russland 2029 zu einem großmaßstäblichen Krieg, wie wir es nennen, in der Lage wäre.“ (Carsten Breuer, Bundeswehr-Generalinspekteur)

„Niemand hat es [das NATO-Papier] lesen können. Ohnehin wird die Zahl 2029 von Politikern strategisch genutzt. Sie müssen sagen, dass Russland 2029 einen Krieg führen könnte, um die Menschen auf höhere Verteidigungsmaßnahmen einzustimmen. [...] Ein russischer Einmarsch in Deutschland ist für mich ausgeschlossen.“ (Carlo Masala, Professor an der Bundeswehruniversität München, 26.5.2025)

	VR China	Russland
2024	314 Mrd.\$	149 Mrd.\$

NATO

„Die Verbündeten sagen zu, bis 2035 jährlich fünf Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in die zentralen Verteidigungsaufgaben sowie in verteidigungs- und sicherheitsrelevante Ausgaben zu investieren.“
(Abschlusserklärung des NATO-Gipfels 24./25. Juni 2025)

Militärhaushalte als ungeeignet, weil sich die Berechnungsgrundlage ziviler Güter und Dienstleistungen zu stark von militärischen unterscheiden würden. Und selbst wenn man kaufkraftbereinigte Zahlen nimmt, haben allein die europäischen NATO-Staaten seit 2014 grob geschätzt über 1.000 Mrd. USD mehr als Russland in das Militär gesteckt.

ReArm Europe

Auch bei der Erhöhung der nationalen Militärbudgets will die EU „behilflich“ sein – und das, obwohl die Ausgaben bereits von 147 Mrd. Euro (2014) auf 392 Mrd. Euro (2025) deutlich angestiegen sind. Die Kommission rechnet bei Umsetzung der NATO-Zielvorgaben mit Ausgaben von 630 Mrd. Euro (3,5%/BIP) bzw. 900 Mrd. Euro (5%/BIP).

Anfang März 2025 legte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihren „Plan zur Wiederaufrüstung Europas“ („ReArm Europe“) vor, der auch in das am 19. März 2025 veröffentlichte „Weißbuch zur europäischen Verteidigung“ mit einfluss.

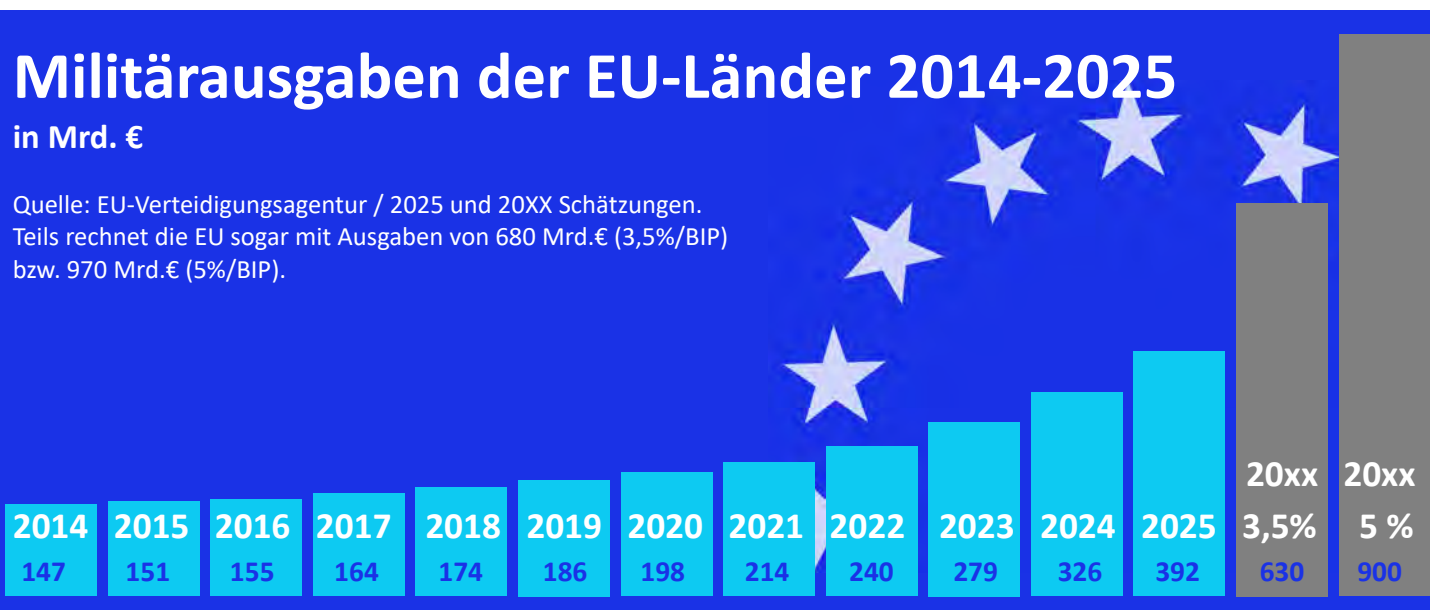
Über ReArm Europe sollen in den kommenden Jahren mindestens 800 Mrd. Euro zusätzlich für das Militär mobilisiert werden. Am wichtigsten sind dabei ein neues SAFE genanntes Instrument, über das die Mitgliedsstaaten an zinsgünstige EU-Kredite im Umfang von bis zu 150 Mrd. Euro gelangen sollen, und die weitgehende Ausklammerung von Militärausgaben von den Schuldenregeln der EU. Hinzu soll noch die Nutzung von Kohäsionsfonds für Militärausgaben kommen, die eigentlich zur Angleichung der Lebensumstände zwischen reichen und armen Mitgliedsstaaten gedacht sind. Ferner werden die Europäische Investitionsbank stärker eingespannt und die Nachhaltigkeitskriterien auf Rüstungsinvestitionen erweitert.

„Wir befinden uns in einer Ära der Aufrüstung. Europa ist bereit, seine Verteidigungsausgaben massiv zu erhöhen.“ Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin, 4.3.2025

Militärausgaben der EU-Länder 2014-2025

in Mrd. €

Quelle: EU-Verteidigungsagentur / 2025 und 20XX Schätzungen. Teils rechnet die EU sogar mit Ausgaben von 680 Mrd.€ (3,5%/BIP) bzw. 970 Mrd.€ (5%/BIP).



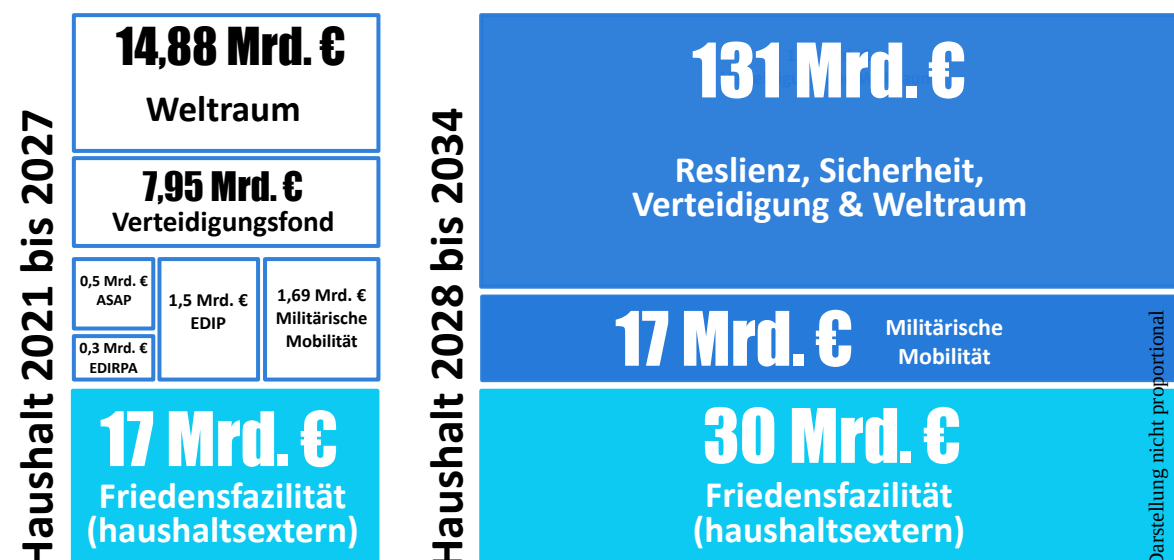
Illegale EU-Militärhaushalte

Artikel 41(2) des EU-Vertrags verbietet es eigentlich klar, Militärausgaben aus dem EU-Haushalt zu bestreiten. Trotzdem sollen die EU-Militärtöpfe sogar weiter erhöht werden. Im Kommissionsvorschlag für den EU-Haushalt 2028 bis 2034 vom Juli 2025 sind allein für die Budgetlinie „Resilienz und Sicherheit, Verteidigung und Weltraum“ 131 Mrd. Euro vorgesehen. Hinzu sollen nach Vorstellung der Kommission noch 17 Mrd. Euro für „Militärische Mobilität“ kommen, um die Infrastruktur für den schnelleren Transport von Gütern und Truppen nach Osteuropa zu ertüchtigen. Militärrelevante Posten verbergen sich auch noch in anderen Haushalten (bspws. dem Forschungsetat) und für die „Europäische Friedensfazilität“, über die vor allem Waffenlieferungen an die Ukraine finanziert werden, sind weitere 30 Mrd. Euro vorgesehen.

„Die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der [Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik] gehen ebenfalls zulasten des Haushalts der Union, mit Ausnahme der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen.“

EU-Vertrag (Vertrag von Lissabon), Artikel 41, Absatz 2

Militärrelevante Töpfe im EU-Haushalt



Darstellung nicht proportional

Blankoscheck Militärausgaben: Undemokratischer Coup

Um eine spätere Sperrminorität von AfD und Linkspartei zu umgehen, erteilte eine ganz große Koalition aus Union, SPD und Grünen am 18. März im Bundestag und am 21. März 2025 im Bundesrat mit ihrer Zweidrittelmehrheit faktisch einen zeitlich wie finanziell unbefristeten Blankoscheck für uferlose Militärausgaben. Von nun an sind Beträge oberhalb von 1%/BIP als sogenannte „Bereichsausnahme“ von der Schuldenbremse ausgenommen.

Auf Initiative der Grünen wurden gegenüber dem ursprünglichen Antrag von Union und SPD dann auch noch die Ausgaben in den Bereichen Zivil- und Bevölkerungsschutz, Cybersicherheit, Nachrichtendienste und die Unterstützung für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten (also v.a. die Kosten für die Waffenlieferungen an die Ukraine) von der Schuldenbremse ausgenommen.

Haushaltsplanung bis 2029

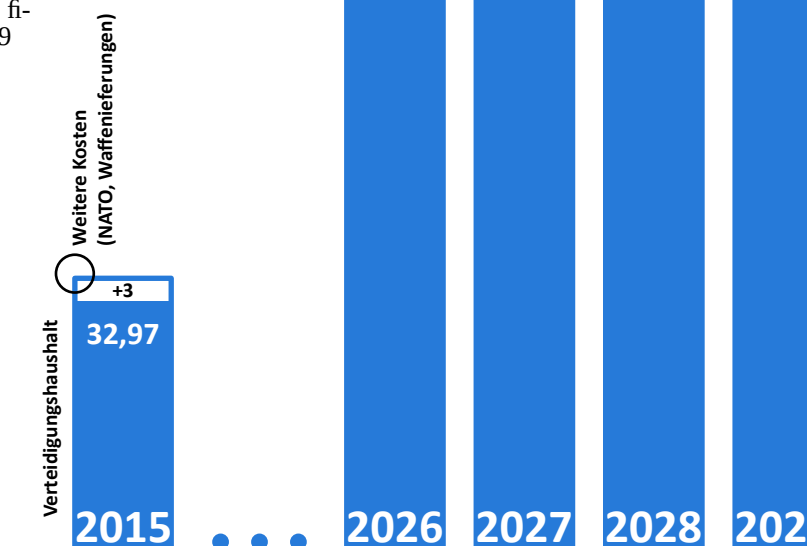
Laut den am 24. Juni 2025 vorgelegten Eckwerten für die kommende Haushaltsplanung soll der Verteidigungshaushalt von €51,95 Mrd. (2024) über €62,4 Mrd. (2025), €82,7 Mrd. (2026), €93,3 Mrd. (2027) auf €135,5 Mrd. (2028) und schließlich €152,8 Mrd. (2029) ansteigen. Hinzu kommen aus dem Sondervermögen der Bundeswehr 24 Mrd. Euro (2025), 26 Mrd. Euro (2026) bzw. 27 Mrd. Euro (2027). Darüber hinaus müssen weitere ebenfalls von der Schuldenbremse ausgenommene Posten berücksichtigt werden: im Jahr 2029 für Zivil- und Bevölkerungsschutz (2,3 Mrd.), Nachrichtendienste (2,4 Mrd.), IT-Sicherheit (1,7 Mrd.) und Waffenlieferungen insbesondere an die Ukraine (8,5 Mrd.). Dies soll sich auf 167,8 Mrd. Euro bzw. 3,5% des BIP summieren, zu denen noch die Gelder für militärische Infrastrukturausgaben von 1,5% des BIP kommen dürften – zusammen also rund 240 Mrd. Euro!

Historische Hochstände

Laut Regierungsentwurf für 2026 sollen die Ministerien Gesundheit (20,9), Bildung (14,7), Entwicklung (9,9), Wirtschaft & Klima (7,9), Wohnen (7,5), Auswärtiges (6,0) und Umwelt (2,9) alle zusammen rund 69 Mrd. Euro und damit weit weniger als die für Militärausgaben geplanten 123 Mrd. Euro erhalten!

Um das zu finanzieren, sollen zwischen von 2025 bis 2029 Rüstungsschulden in Höhe von 378,1 Mrd. Euro gemacht werden – und das ohne die militärrelevanten Gelder aus dem Infrastruktur-Sondervermögen. Würden alle Militärausgaben aus dem laufenden Budget finanziert, wären das 2029 über 40 % des geplanten Gesamthaushalts von 573,8 Mrd. Euro!

Die historischen Dimensionen, die hier angepeilt werden, zeigen sich daran, dass der bisherige Höchststand deutscher Militärausgaben ins Jahr 1963 zurückreicht und damals mit 4,88% des BIP unter den derzeitigen Plänen der Bundesregierung lag.



240 Mrd. €